Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Nr. 1268, Naden & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank. Dresden, Bank d. Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Kto., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Einfluß höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückvergütung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

...preis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, ...“ sowie der illustrierten Wochenendzeitung „Der ...“ monatlich 2.40 M. einschl. 45 Pf. Bringerlohn. (Ohne „Sonntag“ 2 M. einschl. 36 Pf. Bringerlohn.) Postbezug nur „Sonntag“ 1.95 M. zuzüglich Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25 261 u. 12 707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf. u. 2.50 M., abzüglich Preissenkung laut Tarif. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf. netto. Für Briefniederleg. 10 Pf. Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 210 | Dresden, Mittwoch, den 7. September 1932 | 43. Jahrgang

Schleichers gefährliches Spiel

Der deutsche Rüstungsvorstoß – Aufrüstung in jedem Fall?

Deutschland und die Abrüstungskonferenz

D. **Berlin**, 7. Sept. (Eig. Funkspruch.)

Die Papen-Regierung hat der Oeffentlichkeit am Dienstag das Rüstungsmemorandum überreicht, ...en 29. August der französischen Regierung zugegangen ...Die Veröffentlichung, die hauptsächlich auf irreführende ...ungen der französischen Presse zurückzuführen ist, wird ...einem Interview des Reichsaußenministers v. Neurath ...in dem es heißt, daß es für Deutschland nicht möglich ...ist an den weiteren Beratungen der Abrüstungskonferenz ...teilnehmen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung eine grundsätzliche Klärung gefunden habe. ...Deutschlands Gleichberechtigung mit seiner Aufrüstung sei der Punkt, der zur Debatte stehe.

In dem Rüstungsmemorandum selbst, das neun ...umfaßt, wird zunächst auf die Resolution der Generalkonferenz der Abrüstungskonferenz vom 23. Juli hingewiesen und ...daß diese Entschließung wichtige Punkte für die endgültige Abrüstungskonvention in einer Weise festlege, die bereits erkennen ...

daß die Konvention in der Herabsetzung der Rüstungen außerordentlich weit hinter dem Versailler Vertrag zurückbleiben werde.

...dieser Resolution, die für Deutschland aus rechtlichen und ...Gründen völlig unannehmbar sei, bleibe die Frage ...offen, ob die gefaßten Beschlüsse auch auf Deutschland ...Anwendung finden sollen. **Solange diese Frage nicht geklärt sei, ...für die deutsche Delegation auch bei den künftigen Beratungen über die endgültige Regelung der einzelnen Punkte des Abrüstungsproblems eine Mitwirkung nicht möglich.**

In dem Memorandum wird dann im einzelnen dargelegt, ...Deutschland unter der von ihm geforderten Gleichberechtigung versteht und wie es sich praktisch die Verwirklichung dieses Prinzips denkt. Es fordert,

daß die anderen Staaten auf einen Rüstungsstand abrüsten, der unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse jedes Landes nach Art und Maß dem Rüstungsstand entspricht, der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt ist.

...man werde der deutschen Regierung zumuten können, sich mit ...dem Kriegsergebnis abzufinden, das für die hochgerüsteten ...aber nur eine geringfügige Aenderung ihres gegenwärtigen Rüstungsstandes mit sich bringe, für Deutschland dagegen den Versailler Status aufrechterhalten würde. Deutschland habe das gleiche Recht auf nationale Sicherheit wie jeder andere Staat. Es könne sich jetzt deshalb nur darum handeln, zu überlegen, wie durch die erste Konvention der notwendige Rüstungsausgleich und damit die Verwirklichung der nationalen Sicherheit aller Staaten angebahnt werden könne. **Die Lösung könne nur die sein, daß die Abrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teiles V des Versailler Vertrags trete und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.**

Im einzelnen ist die Papen-Regierung bereit, sich für die Laufzeit der ersten Konvention mit gewissen Modifikationen des deutschen Rüstungsstandes zu begnügen, weil sie der Auffassung ist, daß es nach Ablauf der ersten Konvention zu einer zweiten kommen müsse, die in der Herabsetzung der Rüstungen der hochgerüsteten Staaten erheblich weiter gehe und dadurch dem Standpunkt in der Abrüstungsfrage besser gerecht werde. Auf dem Gebiet der qualitativen Abrüstung sei die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot anzunehmen, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung komme. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein. — Wörtlich heißt es in dem Memorandum weiter:

„Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemein gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht.

Es kommt dabei einmal auf organisatorische Aenderungen, wie z. B. Abstufung der aktiven Dienstzeit der Langdienenden und Freiheit in der Gliederung der Wehrmacht, an, zum anderen auf die kurzfristige Ausbildung einer besonderen wehrpflichtigen Miliz für Zwecke der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung sowie des Grenz- und Küstenschutzes. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Regierung bei den von ihr beabsichtigten Maßnahmen der finanziellen Lage des Reiches Rechnung tragen wird."

Das ist der wesentliche Inhalt des deutschen Rüstungsmemorandums. Es enthält weder die von der französischen Presse verbreitete Meldung, daß die Papen-Regierung ein 300 000-Mann-Heer fordere, noch die übrigen von der französischen Presse gemeldeten weitgehenden spezialisierten militärischen Wünsche.

(Frankreichs Antwort siehe 2. Seite)

„Ehre und Sicherheit"

Von Tag zu Tag zeigt sich mehr, welch ungeheure Gefahr das Walten der Regierung Papen-Schleicher für das deutsche Volk bildet. Mit den Schleicher und Papen sind die gleichen Kräfte zur Herrschaft gekommen, die im alten Deutschland regierten und das deutsche Volk in das furchtbare Elend des Weltkrieges hineinführten. Wenn schon eine Wirtschafts- und Sozialpolitik getrieben wird, die an Brutalität gegen die Massen die Methoden wilhelminischer Zeit noch übersteigt, so muß dazu auch die militaristische Begleitmusik gemacht werden. Die Zeitungen sind jetzt voll von Kundgebungen der deutschen amtlichen Stellen und Erklärungen deutscher Minister, in denen die Forderungen Deutschlands auf militärischem Gebiet verfochten werden.

Daß dieser Kampf für die „Gleichberechtigung" Deutschlands in dem Augenblick mit solchem Eifer aufgenommen wird, in dem man die Hungerpeitsche über dem deutschen Proletarier schwingt, ist kein Zufall. Seit jeher hat man die nationalistische Trommel gerührt, wenn es galt, den Blick der Massen von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Herrschenden abzulenken, die gegen das arbeitende Volk gerichtet sind. Es geht jetzt, so wird in die Welt hinausposaunt, um die „Ehre und Sicherheit" des deutschen Volkes. Was darf da ein guter Deutscher noch viel Aufhebens davon machen, daß sein knapper Lohn noch weiter gesenkt, daß er sich den Schmachtriemen noch enger ziehen muß. Das Vaterland über alles!

Auch die Sozialdemokratie tritt für die Gleichberechtigung Deutschlands ein, die aber nur dadurch hergestellt werden darf, daß die anderen Mächte denselben Rüstungsbeschränkungen unterworfen werden wie Deutschland. Aber man bleibe uns mit dem saudummen Gerede vom Leibe, daß es mit der Ehre Deutschlands vorbei und um die Sicherheit des deutschen Volkes geschehen sei, wenn man nicht genau soviel oder sowenig rüsten dürfe wie die anderen Völker. Das Wörtchen Ehre hat ja in der Geschichte der Völker eine verhängnisvoll blutige Rolle gespielt, und schon Hunderttausende, vielleicht Millionen haben deswegen ihr Leben lassen müssen. Mit der Berufung auf die „nationale Ehre" hat man nur allzuoft die tollsten Wahnsinnsstreiche begründet. Es kommt darauf an, daß den Massen des deutschen Volkes ein erträgliches Dasein ermöglicht wird, daß sie an den Errungenschaften der Kultur Anteil nehmen können. Dann wird auch die „Ehre des deutschen Volkes", wenn man das Wort überhaupt in der Politik anwenden will, am besten gewahrt sein.

Und wie steht es mit der Sicherheit? Man will dem deutschen Volke einreden, daß die Sicherheit Deutschlands am ehesten gewahrt sei, wenn wir militärisch den anderen Mächten mindestens ebenbürtig seien. Aber gibt es überhaupt bei dem heutigen Stand der militärischen Technik eine Sicherheit durch militärische Mittel. Bekanntlich spielt ja auch in Frankreich die Phrase von der Sicherheit eine große Rolle, und um dieser Sicherheit willen hat man eine ganze

Fort mit der Verordnung!

Die Sozialdemokratie gegen Milliardengeschenke und Hungerverordnung

Die sozialdemokratische Fraktion hat im ...Reichstag den Antrag gestellt, die Verordnung des ...Reichspräsidenten zur „Belebung der Wirtschaft" ...vom 4. September 1932 und die auf Grund dieser Verordnung erlassene Verordnung zur „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit" vom 5. September 1932 ...außer Kraft zu setzen.

Der Antrag ist gestellt, weil die sozialen Bestimmungen der Notverordnung als unerträglich und die wirtschaftlichen Bestimmungen als verfehlt angesehen werden. ...In der großen Tragweite dieser Verordnung für die Lebensverhältnisse des gesamten Volkes wird die Sozialdemokratie dahin wirken, daß der Reichstag unverzüglich zu der Notverordnung Stellung nimmt. Die sofortige Stellungnahme ist aber noch aus einem besonderen Grunde erforderlich. Die unter Bruch des Tarifrechts vorgesehenen maßlosen Lohnkürzungen sollen nach der Verordnung bereits vom 15. September an, also in wenigen Tagen, in Kraft gesetzt werden. Die Regierung hat die „Tarifaufsicht" und damit den Lohnabbau auf den frühest möglichen Termin gelegt, während alle übrigen Maßnahmen des Wirtschaftsprogramms erst in den nächsten Monaten durchgeführt werden sollen. Sie will vollendete Tatsachen schaffen, die durch Maßnahmen des Parlaments nicht mehr geändert werden können.

Der Zusammentritt des Reichstags am 12. September läßt daher nur wenige Tage Frist zur Verhinderung des allgemeinen Lohnabbaus durch die Offensive der Regierung.

*

Die SPD. für die Eisenbahner

Das **Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung** will weit über eine Million Menschen in Arbeit bringen. Zu diesem Zweck soll auch der Deutschen Reichsbahn die Beförderungssteuer in Höhe von 180 Millionen Mark erlassen werden. Einstweilen aber **will die Reichsbahn nicht Arbeitskräfte neu einstellen, sondern Arbeitskräfte entlassen.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat daher den Antrag gestellt,

die Reichsregierung zu veranlassen, auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft einzuwirken, daß die vorgesehenen Entlassungen von 52 000 Eisenbahnarbeitern unterbleiben, daß die ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen und die bereits entlassenen Arbeiter mit ihren alten Rechten wieder eingestellt werden, daß ferner die im Betriebs- und Verkehrsdienst bestehende überlange Arbeitszeit beseitigt wird.

Die in dem sozialdemokratischen Antrag verlangte Einwirkung auf die Reichsbahn ist um so notwendiger, als die Reichsbahn trotz den ihr vom Reich gewährten zusätzlichen Mitteln die Absicht hat, ihr Beschaffungsprogramm für 1932 noch unter dem für das Jahr 1931 zu halten. Die vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel würden dann nur der Bereinigung der Bilanz der Reichsbahn dienen, nicht aber der vermehrten Beschäftigung.

Ostpreußische Aufrüstung

O. **Königsberg**, 6. Sept. (Eig. Drahtbericht.)

Reichswehrminister von Schleicher, der sich bei den Herbstmanövern in Ostpreußen befindet, äußerte sich dort vor Vertretern der Presse über den Schutz Ostpreußens:

Das vom Feinde ganz besonders bedrohte Ostpreußen, so führte von Schleicher aus, **erfordere die Gleichberechtigung Deutschlands in der Bewaffnungsfrage. Jeder Ostpreuße müsse wissen, wo und wie im Ernstfalle sein Vaterland zu verteidigen sei.** Die heutige Regierung habe wie jede andere nationale Regierung das Recht und die Pflicht, den nationalen Schutz des Vaterlandes zu verlangen und durchzuführen. Was z. B. der Schweiz recht sei, müsse Deutschland billig sein. Darin sei sich Deutschland hundertprozentig einig.

Dem Korrespondenten der Königsberger Allgemeinen Zeitung gab der Reichswehrminister noch eine besondere Audienz, in deren Verlauf er noch einmal betonte, **die Regierung werde Ostpreußen bis zum letzten Mann verteidigen. Dazu gehöre, daß die Verteidigungsmittel auch auf dem Seewege herangeführt werden könnten. In jedem Falle werde Deutschland das durchführen, was für seine nationale Verteidigung notwendig sei. „Jawohl", wiederholte der Reichswehrminister, „auf jeden Fall, wir lassen uns nicht mehr weiter gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden."**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320907/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG